

**Ä1 zu B4: Eine Inklusive Hochschule für Alle!**

Antragsteller\*innen      KV Erfurt

**Antragstext**

**Nach Zeile 36 einfügen:**

- Schaffung einer psycho-sozialen Beratungsstelle für Mitarbeitende der Universität, sowie Studierende.

**Begründung**

Die prekären Verhältnisse an den Thüringer Universitäten wecken Ängste. Es ist dringend notwendig, dass es an jeder Uni eine angemessen ausgestattete Anlaufstelle gibt. Diese muss allen Personen zugänglich sein, denn Studierende sowie Mitarbeitende haben mit Unsicherheiten, besonders finanziellen zu kämpfen. Erschwerend kommt hinzu, dass es auch außerhalb der Universität einen krassen Mangel an Beratungsstellen gibt.

**Ä2 zu B4: Eine Inklusive Hochschule für Alle!**

Antragsteller\*innen      Jusos Südthüringen

**Antragstext**

**Von Zeile 53 bis 54 löschen:**

- ~~bei Bedarf sollen sämtliche Kurse an Thüringer Universitäten auf englisch angeboten werden~~

**Begründung**

Eine Umsetzung aller Kurse an Thüringer Hochschulen sehen wir als nicht realistisch und in manchen Fächern als nicht umsetzbar.

**Ä3 zu B4: Eine Inklusive Hochschule für Alle!**

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am:  
07.06.2023)

**Antragstext**

**In Zeile 30 löschen:**

- Mehr Sichtbarkeit durch Repräsentation in allen ~~studentischen~~ Gremien

**Von Zeile 32 bis 34:**

- ~~Prüfungsphasen mit flexiblen Fristen, An- und Abmeldungen, in denen mehrere Prüfungstermine angeboten werden und die Prüfungsart frei gewählt werden kann~~
- Abschaffung aller Fristen, freie Wahl der Prüfungsart und mehrere Prüfungstermine in Prüfungsphasen

**Nach Zeile 36 einfügen:**

- Umfassender Ausbau von hybriden Lehrangeboten und digitalen Lehr- und Lernmaterialien

**Ä4 zu B4: Eine Inklusive Hochschule für Alle!**

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am:  
07.06.2023)

**Antragstext**

**Nach Zeile 54 einfügen:**

- Werden an einer Hochschule englischsprachige Studiengänge angeboten, so muss die gesamte Hochschulverwaltung, insbesondere bei Prozessen, die für Studierende gedacht sind, neben Deutsch auch konsequent die englische Sprache anbieten.

**Ä5 zu B4: Eine Inklusive Hochschule für Alle!**

Antragsteller\*innen      Philipp Bönner (LKO)

**Antragstext**

**Von Zeile 43 bis 46:**

schlecht ausgestatteten Wohnheimen untergebracht. Zusätzlich ist das Angebot an englischsprachigen Sprachkurs, ~~das~~ zu erhöhen, damit mehr Kurse auf eEnglisch angeboten werden müssen können. Gleichzeitig ist die Betreuungsangebote für die Internationals noch ausbaufähig. All diese strukturellen Benachteiligungen führen zu einer großen

## Ä1 zu D1: Die Ostquote regelt den Scheiß - und zwar so!

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am:  
09.06.2023)

### Antragstext

#### Von Zeile 11 bis 14 löschen:

Die strukturelle Diskriminierung Ostdeutscher muss beendet werden. ~~Es ist bezeichnend, dass es dafür erst eine Quote braucht. Hinzu kommt, dass die Ostquote aktuell lediglich durch den Geburtsort genauer definiert wird. Eine breite Gruppe der Ostdeutschen wird dabei außen vor gelassen.~~

#### Von Zeile 24 bis 30:

- ~~Die Kriterien sollen besser definiert werden, während die Transformationserfahrung~~
  - ~~Bedacht genommen werden müssen, gleichwohl die materiellen Gegebenheiten. Das heißt Vermögensverhältnisse, Erbschaften und die Möglichkeit des Vermögensaufbaus während der DDR.~~
- Als Ostdeutsche zählen Personen, die ihren Hauptwohnsitz mindestens 7 Jahre in einem Ost-Bundesland hatten. Für die Dauer der Anstellung in ostdeutschen Bundesländern muss sich der Hauptwohnsitz weiterhin in einem Ost-Bundesland befinden.

### Begründung

Wir erkennen an, dass hier ein großes Problem vorliegt. Wir wissen auch, dass die Ostquote im öffentlichen Dienst in Thüringen bereits Beschlusslage der Jusos Thüringen ist (Weimar, 2020). schon damals hatten wir Schwierigkeiten, sauber zu definieren, wen man nun als Ostdeutsche:n zählen kann. Beholfen haben wir uns mit dem Begriff "ostdeutsche Sozialisation", wir haben außerdem beschlossen, dass sich

eine Kommission damit zu beschäftigen habe, was das eigentlich bedeuten soll. Das ist wirklich nicht zufriedenstellend. Wir verstehen auch, dass der Geburtsort zwar ein eindeutiges, aber kein wirklich geeignetes Kriterium ist. Wir schlagen daher vor, sich am Hauptwohnsitz zu orientieren, was a) verhindert, dass Führungskräfte jahrelang nur einpendeln und b) über die Dauer sicherstellt, dass man sich wirklich schon an einem Ort eingelebt hat. So schließen wir auch z.B. Migrant\*innen nicht aus. Auch eine Quote am Vermögen festzumachen, vermischt eine nötige Debatte über die Repräsentation von finanziell Schwächeren mit der Thematik Herkunft.

**Ä1 zu D6: Ein Thüringer Versammlungsgesetz gegen Rechtsrock Festivals**

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am:  
07.06.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 9 bis 12 löschen:**

~~Ausnahmen von dieser Regelung sind nur zulässig, wenn die Einnahmen ausschließlich für einen gemeinnützigen Zweck verwendet werden und die Veranstalter:innen diese Verwendung der zuständigen Versammlungsbehörde vorweisen.~~

**Begründung**

Es erschließt sich uns nicht, warum man diese Ausnahme zulassen sollte. Gemeinnützigkeit ist außerdem kein geeignetes Kriterium weil der Status einfach nachgewiesen oder die Anmeldung durch andere Parteien als die eigentlichen Veranstalter durchgeführt werden kann



**Ä1 zu B6: Erzieher:innen das Lehren an Grundschulen ermöglichen**

Antragsteller\*innen      KV Erfurt

**Antragstext**

**Von Zeile 6 bis 7 einfügen:**

fachspezifischen Bereich in ihrer Ausbildung belegt oder eine Weiterbildung durchgeführt haben.

Wenn Erzieher:innen Aufgaben von Lehrer:innen ausüben, müssen diese auch genauso wie Lehrer:innen bezahlt werden.

**Ä1 zu B7: Schulgeld abschaffen - Ausbildungsberufe attraktiver gestalten!**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 3 bis 4 einfügen:**

werden und dafür ein attraktives Ausbildungsgeld, wie auch in anderen Berufen üblich, bezahlt werden. Mittelfristig sollen auch diese Ausbildungen in ein duales System überführt werden.

**Ä1 zu B9: Umgang mit KI-Technologien in Thüringer Schulen**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Nach Zeile 15 einfügen:**

- Probleme mit KI-Erkennungssoftware im Prüfungsbetrieb

## Ä2 zu B9: Umgang mit KI-Technologien in Thüringer Schulen

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am:  
07.06.2023)

### Antragstext

#### Von Zeile 16 bis 18:

Neben Lehrer:innensollten dringendst auch Schüler:innen die Möglichkeit erhalten, sich regelmäßig durch Workshops mit entsprechenden ~~Experten~~Expert:innen auszutauschen oder das Thema aktiv im Unterricht zu behandeln.

#### Von Zeile 30 bis 35:

finanziell und personell unterstützt werden. So werden den Schulen zum einen Gelder für den Umgang mit KI-Technologien und zum anderen ~~Fachexperten~~Fachexpert:innen für die Entwicklung von Konzepten bereitgestellt.

In den Pilotprojekten erstellen die Lehrer:innen und Schüler:innengemeinsam mit ~~Fachexperten~~Fachexpert:innen Konzeptefür eine sinnvolle Einbettung in den Unterricht (z.B. Einführung eines intelligenten Tutorensystems (engl.: Intelligent Tutoring

### Begründung

redaktionell

**Ä1 zu D2: Beauftragte in Thüringen - wichtige Aufgaben strukturell gut aufstellen**

Antragsteller\*innen      KV Kyffhäuserkreis

**Antragstext**

**Von Zeile 26 bis 27 einfügen:**

Beauftragten werden so gestärkt. Sie werden weiterhin in die Lage versetzt, ihre Beratungsfunktionen noch stärker und unabhängiger auszufüllen.

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, in einem geeigneten Gremium, wie der Konferenz der Staatssekretär:innen, eine Strategie zum Beauftragtenwesen zu erarbeiten.

**Ä1 zu E4: Russland und die SPD – Fehler klar benennen und aufarbeiten!**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 28 bis 29 löschen:**

~~–Installation einer innerparteilichen Aufarbeitungskommission in Bezug auf die  
Beziehungen zwischen russischer Wirtschaft und Oligarchie~~

**Ä2 zu E4: Russland und die SPD – Fehler klar benennen und aufarbeiten!**

Antragsteller\*innen      Jusos Weimar und Weimarer Land (dort  
beschlossen am: 09.06.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 5 bis 7:**

- Genoss:innen der SPD unterhielten und unterhalten teilweise Netzwerke mit umfangreichen Kontakten ~~nach Russland~~ zum russischen Machtapparat, auch nachdem eine Entwicklung Russlands hin zu einem totalitären und durch Oligarchen gelenkten Staat abzusehen war.

**Ä3 zu E4: Russland und die SPD – Fehler klar benennen und aufarbeiten!**

Antragsteller\*innen      Jusos Weimar und Weimarer Land (dort  
beschlossen am: 09.06.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 30 bis 31 einfügen:**

- eine Überprüfung noch bestehender Verbindung von Genoss:innen zur russischen Oligarchie und Machtelite

- Kontakte zur russischen Zivilgesellschaft und zur russischen sozialdemokratischen Opposition müssen aufrechterhalten und ausgebaut werden.



**Ä1 zu I1: Schutz von Videospiele:innen vor ausbeuterischen  
Geschäftspraktiken**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 3 bis 6 löschen:**

Zusammenhang mit Mikrotransaktionen (im Spiel für echtes Geld erwerbbar Inhalte), die in vielen Videospiele anzutreffen sind:

~~1. Verbot von Pay-To-Win-Mechanismen in Videospiele~~

2. Glücksspielartige Lootboxen dürfen nicht für Minderjährige zugänglich sein

### **Ä3 zu I1: Schutz von Videospiele:innen vor ausbeuterischen Geschäftspraktiken**

Antragsteller\*innen      Jusos UHK (dort beschlossen am:  
09.06.2023)

#### **Antragstext**

##### **Von Zeile 4 bis 6:**

Inhalte), die in vielen Videospielen anzutreffen sind:

1. ~~Verbot von Pay-To-Win-Mechanismen in Videospielen~~ Transparenz: Pflicht Spieler:innen darüber zu informieren, dass Zusatzinhalte mit Vorteilen im Spiel gekauft werden können.
2. Glücksspielartige Lootboxen dürfen nicht für Minderjährige zugänglich sein

## Ä1 zu I2: Innenpolitische Wende

Antragsteller\*innen      Jusos Südthüringen

### Antragstext

#### Von Zeile 26 bis 31:

genügt nicht, eine Ansprechperson zu schaffen, die die Ermittlung dann doch wieder an die Polizei abgibt, wo die Ermittlungen wieder versanden. ~~Deswegen wiederholen wir unsere Forderung nach einer unabhängigen, nicht dem Innenministerium unterstellten Stelle, die gegen Beschuldigte Polizist:innen ermittelt.~~ Deswegen fordern wir eine unabhängige Stelle, die dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucher Schutz unterstellt ist und organisatorisch an die Staatsanwaltschaften angegliedert wird. Diese unabhängige Stelle bearbeitet alle Strafverfahren gegen Beschuldigte Polizist:innen. Die dort arbeitenden Beamt:innen werden zu Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft, mit den entsprechenden Rechten und Pflichten erklärt. Für die nötige Fachkompetenz bei Ermittlungsarbeiten, können Beamt:innen aus dem Polizeivollzugsdienst übernommen werden. Diese müssen eine verpflichtende Schulung durchlaufen und werden langfristig nur in der neu geschaffenen Behörde eingesetzt, um eine objektive Ermittlungstätigkeit zu ermöglichen.

**Kommt es zu einer Verurteilung müssen Beamt:innen grundsätzlich in den Innendienst versetzt werden und sofern die Voraussetzungen vorliegen, auch**

**Ä1 zu K5: Wenn Neubau von Eigenheimen, dann Generationenübergreifend!**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 3:**

Wir Jusos Thüringen fordern, dass bei der zukünftigen Stadtentwicklung ~~nur noch~~  
~~Eigenheime zugelassen~~ Bauvorhaben begünstigt werden, die ein Generationenkonzept  
vorlegen. Damit soll eine ökonomische Nutzung von bebauter Wohnfläche gewährleistet  
und Raumleerstand

**Ä2 zu K5: Wenn Neubau von Eigenheimen, dann Generationenübergreifend!**

Antragsteller\*innen      Jusos Weimar und Weimarer Land (dort  
beschlossen am: 09.06.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 3 einfügen:**

Wir Jusos Thüringen fordern, dass bei der zukünftigen Stadtentwicklung nur noch Eigenheime, sowie Wohngruppen und Wohnkomplexe mit Eigentumswohnungen zugelassen werden, die ein Generationenkonzept vorlegen. Damit soll eine ökonomische Nutzung von bebauter Wohnfläche gewährleistet und Raumleerstand

**Ä1 zu M2: Kommunales Car-Sharing: ÖPNV kann mehr! Verschiedene Lebensrealitäten einbeziehen.**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 3 bis 4:**

Die Jusos Thüringen fordern die Erweiterung gegebener kommunaler ÖPNV-Netze um die Möglichkeit der Nutzung von Car-Sharing-~~Angeboten~~, Mietrollern, Mietfahrrädern und ähnlichen Angeboten mit möglichst geringem CO2-Fußabdruck.

**Ä2 zu M2: Kommunales Car-Sharing: ÖPNV kann mehr! Verschiedene Lebensrealitäten einbeziehen.**

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis, KV Wartburgkreis (dort  
beschlossen am: 04.06.2023)

**Titel**

**Ändern in:**

Kommunales Sharing: ÖPNV kann mehr! Verschiedene Lebensrealitäten einbeziehen.

**Antragstext**

**Von Zeile 3 bis 4:**

Die Jusos Thüringen fordern die Erweiterung gegebener kommunaler ÖPNV-Netze um die Möglichkeit ~~der Nutzung~~ von Car-~~Sharing-Angeboten~~ und Bike-Sharing Angeboten (inkl. E- und Lastenfahrräder).

**Begründung**

**Von Zeile 5 bis 10:**

Car-Sharing hat sich als umweltfreundliche und kostengünstige Alternative zum Individualverkehr etabliert. Vorteile von ~~Gar~~Car/Bike-Sharing sind zum Beispiel:

1. **Kostensparnis:** ~~Gar~~Car/Bike-Sharing ermöglicht es den Nutzer:innen, Fahrzeuge nur dann zu bezahlen, wenn diese sie tatsächlich benötigen.
2. **Umweltfreundlichkeit:** ~~Gar~~Car/Bike-Sharing reduziert die Anzahl der Fahrzeuge auf den Straßen. Dadurch verringert sich der Verkehr, was zu einer Reduzierung

**Von Zeile 12 bis 13:**

3. **Platzersparnis:** Da **GarCar/Bike**-Sharing-Nutzer:innen Fahrzeuge nur bei Bedarf nutzen, ist weniger Parkraum erforderlich. Dies ist besonders in dicht

**Von Zeile 14 bis 16:**

- Tourismus: Car/Bike-Sharing Angebote fördern die lokale Attraktivität für den Tourismus. Ein gut ausgebautes lokales Verkehrsnetz ermöglicht gleichzeitig auch umweltfreundliche Anreisen z.B. mit dem Zug in den Urlaub.

Durch die Integration von **GarCar/Bike**-Sharing in bestehende ÖPNV-Strukturen können wir Synergien schaffen und die Mobilität für alle Bürger:innen verbessern.

**Von Zeile 27 bis 32:**

Gewerbegebieten oder an anderen entsprechend frequentierten Orten. Auch können **GarCar/Bike**-Sharing-Angebote nahtlos in bestehende Verkehrssysteme eingebunden werden. Dies ermöglicht den Nutzern:innen eine effiziente und bequeme Kombination von verschiedenen Verkehrsmitteln, um ihr Ziel zu erreichen. Durch die Integration von **GarCar/Bike**-Sharing in den öffentlichen Verkehr wird ein nahtloser Übergang zwischen den Verkehrsoptionen ermöglicht und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs

**Von Zeile 34 bis 37:**

Wir betonen, dass **GarCar/Bike**-Sharing-Angebote notwendig sind, um die Verkehrssituation und gleichwohl die Akzeptanz der Mobilitätswende in Thüringen zu verbessern. Durch eine effektive Umsetzung können wir eine nahtlose Verknüpfung von **GarCar/Bike**-Sharing und ÖPNV erreichen und somit umweltfreundliche und zukunftsfähige



**Ä1 zu M4: Mit Highspeed in den Klimaschutz: Für ein eigenständiges Hochgeschwindigkeitsnetz auf deutschen Schienen!**

Antragsteller\*innen      KV Erfurt

**Antragstext**

**Von Zeile 7 bis 9:**

~~–Überregionale Haltepunkte, um auch ländliche Regionen ans Hochgeschwindigkeitsnetz anzuschließen, ohne direkt Städte anfahren zu müssen und somit die Reisezeit zu reduzieren.–~~

**Begründung**

erfolgt mündlich

**Ä2 zu M4: Mit Highspeed in den Klimaschutz: Für ein eigenständiges Hochgeschwindigkeitsnetz auf deutschen Schienen!**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 17 bis 18 löschen:**

~~–Die DB-Netz AG aufzulösen und die gesamte Eisenbahninfrastruktur zurück in staatliche Hand zu überführen.~~

**Ä3 zu M4: Mit Highspeed in den Klimaschutz: Für ein eigenständiges Hochgeschwindigkeitsnetz auf deutschen Schienen!**

Antragsteller\*innen      KV Ilm-Kreis (dort beschlossen am:  
07.06.2023)

**Antragstext**

**Von Zeile 2 bis 3:**

~~-Ein bundesweites, flächendeckendes und eigenständiges Hochgeschwindigkeitsnetz für Hochgeschwindigkeitszüge nach französischem Vorbild-~~

- Die Baumaßnahmen, die für den Deutschlandtakt nötig sind, bis 2040 umzusetzen.

**Begründung**

Die Entscheidung, ein getrenntes Netz wie in Frankreich oder eben ein gemischtes Netz, wie in Deutschland aufzubauen, ist vor Jahrzehnten gefallen und lässt sich nicht mit einem Zeithorizont von weniger als ebenso vielen Jahrzehnten rückgängig machen. Ein Parallelaufbau zu diesem Zeitpunkt erscheint unrealistisch. Nicht zu vernachlässigen ist auch die komplett andere Siedlungsstruktur und Bevölkerungsdichte. Sicherlich sinnvoll ist aber bei der Neuplanung von Strecken auf Entmischung zu setzen wie z.B. zwischen Köln und Frankfurt, ganz anders zwischen Ebensfeld und Erfurt, wo mit Mischverkehr geplant wurde. Deutlich voranbringen und stabilisieren würde das Netz die Umsetzung der Maßnahmen für den Deutschlandtakt.

## **Ä1 zu S1: Antrag für Medizinische Versorgung, Aufklärung und Teilhabe der Betroffenen von Long Covid und ME/CFS in Thüringen**

Antragsteller\*innen      Jusos Altenburger Land, Jusos Gera &  
   Jusos Greiz

### **Titel**

#### **Ändern in:**

Long-Covid und ME/CFS den Kampf ansagen!

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 1 bis 64:**

##### **~~1. Anerkennung:-~~**

Tagtäglich kämpfen Menschen nach einer Infektion mit einem Coronavirus mit den Folgen dieser. So kommt es zu schweren Symptomen, die es den Betroffenen teilweise unmöglich machen am Arbeits- und Sozialleben teilzunehmen. Oft werden diese Beschwerden aber z.B. im Versorgungsamt oder durch den medizinischen Dienst der Krankenkasse (MDK) verleugnet. Auch, dass Long Covid in einer Verbindung zu einer weiteren Erkrankung, der Myalgischen Enzephalomyelitis/dem Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS) steht, wird weitestgehend außer Acht gelassen. Durch die unzureichende Forschung und die Unaufgeklärtheit der Gesellschaft werden Betroffene mit ihren Sorgen und Beschwerden wie Arbeitsunfähigkeit und den körperlichen Symptomen, wie allgemeine Schwäche, kognitive Einschränkungen, Luftnot, usw., allein gelassen und verschwinden in den sozialgesellschaftlichen Hintergrund.

Wir fordern,

~~Obwohl viele Menschen nach einer Coronainfektion mit massiven Beschwerden zu kämpfen haben werden diese immer noch diese Beschwerden regelmäßig in Thüringen vom Versorgungsamt geleugnet und gar keine oder absurd niedrige Behindertengrade gewährt häufig ist ein GdB von maximal 40 selbst bei Bettlägerigkeit und Pflegebedürftigkeit. Dies geschieht meistens trotz erfolgter Diagnose durch das Long Covid Zentrum der Uniklinik Jena und oder Fachärzten. Daher fordern wird das Land Thüringen auf dafür zu sorgen das Diagnosen und die Schwere der Erkrankung mit einem angemessenen GdB ohne Wenn und Aber durch das Versorgungsamt in Thüringen~~

anerkannt werden müssen, anstatt Betroffene durch jahrelange Klagen zusätzlich zu belasten:

- Mehr Anerkennung, sowohl des Long Covid Syndroms, als auch der teilweise damit in Verbindung stehenden ME/CFS. Bei letzterem auch dann, wenn sie nicht im unmittelbarem Zusammenhang zu einer vorausgegangenen Covid-Infektion, sondern als Diagnose nach anderen Infektionskrankheiten steht.

## **2. Medizinisches Versorgung:**

- Eine sachgemäße und realistische Einschätzung des Grades der Behinderung (GdB) und/oder Vergabe eines Pflegegrades nach Diagnose und entsprechende Förderung der betroffenen Personen.

Mit dem Universitätsklinikum Jena gibt es in Thüringen ein Deutschlandweit herausragendes Long Covid Zentrum, allerdings steht dieses nicht den Langzeitfolgen anderer Viruserkrankung wie z.B. EBV zur Verfügung. Insbesondere für ME/CFS Patienten und Patientinnen ist die Lage 2023 eine humanitäre Katastrophe für die ca. 250.00 Betroffene vor der Pandemie in Deutschland gibt es in ganz Deutschland nur eine Ambulanz an der Charité für Erwachsene und eine Ambulanz der TUM für Kinder und Jugendliche. Daher fordern wir das Land Thüringen auf das Zentrum ebenfalls für ME/CFS Betroffene nach anderen Infektionen zu öffnen. Trotz der Herausragenden Leistung des Long Covid Zentrum in Jena ist die Situation für Long Covid Betroffene katastrophal, da 2023 keine Termine mehr vergeben werden und die Warteliste jeden Tag deutlich länger wird. Daher fordern wir das Land Thüringen auf die Finanzierung des Long Covid Zentrums mit 10 Millionen Euro jährlich auf die nächsten 10 Jahre zusätzlich zu sichern, damit das Zentrum seiner Arbeit nachgehen kann um den Betroffenen zu helfen. Außerhalb des Long Covid Zentrums ist die Lage in Thüringen für Long Covid und ME/CFS Betroffene sehr prekär, da durch mangelhafte Fortbildung es häufig zu Fehldiagnose und auch Fehlbehandlungen kommt, was zu einer dauerhaften Verschlechterung führen kann. Zudem schadet die Verschwendung der Behandlungskapazität den vielen anderen Erkrankten Menschen die z.B. sehnsüchtig auf Therapieplätze warten. Daher fordern wir das Land Thüringen auf das gesamte medizinische Personal zu Long Covid und ME/CFS aufzuklären, nach Vorbild der bereits von dem Chronic Fatigue Center der Charité zur verfügungstehenden Fortbildungen:

- Einen größeren Fokus der Hausärzt:innen, sich auf chronische Krankheiten, wie dem Long-Covid Syndrom und der ME/CFS zu spezialisieren und zu schulen und damit die Entlastung der wenigen Long Covid Zentren, wie dem Interdisziplinären Post-Covid-Zentrums in der Uniklinik Jena, in Thüringen, zu gewährleisten. Außerdem eine Verbesserung der Weiterbildungen und Schulungen für das gesamte medizinische Personal und die damit verbundene erhöhte Aufklärung

zum Long-Covid-Syndrom und dem ME/CFS.

### 3. **Teilhabe:-**

- Die finanzielle Förderung für das Long-Covid-Zentrum in der Uniklinik Jena in Höhe von 10 Millionen Euro jährlich über die nächsten 10 Jahre.

Glücklicherweise sind einige Long Covid Betroffene bei individueller Rücksichtnahme auf Ihre Symptome in der Lage eingeschränkt am Leben teilzuhaben. Daher ist es umso unverständlicher das auch 2023 meistens noch Schulen, Berufsschulen, Universitäten und Arbeitgeber meistens solche Maßnahmen verweigern, was dazu führt das Deutschlandweit Millionen Menschen unnötigerweise aus dem Erwerbs- und Sozialleben ausgeschlossen werden. Daher fordern wir das Land Thüringen auf Lehrkräfte an Schulen, Berufsschulen und Universitäten aufzuklären damit Betroffenen weiterhin die Teilhabe an Unterricht, Ausbildung oder dem Studium ermöglicht wird. Konkret ist damit gemeint das Nachteilsausgleiche gewährt werden sollen und die Möglichkeit geschaffen wird auch Online an Bildung teilzuhaben, falls die Symptome die Betroffenen ans Haus binden. Ebenso sollte das Land Thüringen Arbeitgeber dazu aufklären und diese auffordern durch z.B. flexible Arbeitszeiten, Home Office oder Zuteilung von einfacheren Aufgaben, Teilzeit etc. Betroffenen trotzdem den Verbleib im Erwerbsleben zu ermöglichen.

- Die Aufklärung von Arbeitgeber:innen und die dahingehende Förderung des beruflichen Weiterbestehens, durch z.B. Home-Office-Angebote, soweit dies möglich ist, Umschulungen innerhalb des Betriebs, Teilzeitarbeit u.s.w. für Arbeitnehmer:innen.

### 4. **Medizinische Forschung-**

- Einen Nachteilsausgleich für Studierende, Auszubildende und Schüler:innen und somit die Gewährleistung der Teilnahme an Unterricht, Vorlesungen etc. um die bestmögliche Zielerreichung zu ermöglichen.

Selbst wenn Long Covid Betroffene das Glück haben Termine in der Ambulanz in Jena zu erhalten können diese nur wenig für die Betroffenen tun, den es gibt keinerlei zugelassene Medikamente für die Erkrankung. Daher kann außer Symptomlinderung bisher den Betroffenen nicht geholfen werden aufgrund von mangelhafter Forschung. So sind vermutlich etwa 2 bis 3% der gesamten Bevölkerung von Long Covid und ME/CFS Betroffen trotzdem investiert die Bundesregierung bis 2022 nichts und seit 2022 gerade mal 10 Millionen Euro für das untersuchen von bereits zugelassenen Medikamenten. Im Ansicht der großen Zahl an Betroffenen erscheint diese Summe gerade zu grotesk. Daher fordern wir das Land Thüringen auf sich im Bundesrat dafür einzusetzen, das ein 300

~~Millionen Euro biomedizinische Forschungsfond auf Bundesebene aufgelegt wird um neue Therapien für Long Covid und ME/CFS zu entwickeln:~~

- Finanzielle Zuschüsse in Form eines Therapieforschungsfonds auf Bundesebene in Höhe von 300 Millionen Euro für die Forschung zur Weiterentwicklung der Therapien, die bereits positiv in Verbindung mit dem Long-Covid/ME/CSF stehen, und des weitem auch zur Forschung im Bereich chronische Erkrankungen und deren Behandlungs- und Therapiemethoden und -modellen. Außerdem zur besseren Ausdifferenzierung der, mittlerweile über 200 identifizierten Symptomen, im Zusammenhang mit einer vorausgegangenen Covid- Erkrankung.

### **Begründung**

Viele Menschen mit einem Long-Covid Syndrom und/oder auch einer ME/CFS haben zum Teil massive Beschwerden. Diese reichen von ständiger Abgeschlagenheit und Müdigkeit, über sensorische und motorische Störungen und teils schwere kognitive Einbußen, bis hin zu totaler Pflegebedürftigkeit und Bettlägerigkeit.

All jene Personen haben ein Recht auf finanzielle Unterstützung und der damit zusammenhängenden medizinischen und pflegerischen Versorgung. Dabei ist die Vergabe eines Grades der Behinderung und/oder eines Pflegegrades von großer Bedeutung. Voraussetzung dafür ist, dass die Erkrankung ernst genommen und nicht, wie so oft, verleugnet oder verharmlost wird. Die EM/CFS ist hierbei besonders schwer zu diagnostizieren, da sie meistens schleichend beginnt und sich nicht gleich durch spezifische Symptome äußert. Zu sagen ist außerdem, dass die Post-Covid Symptomatik der der ME/CFS sehr ähnelt, unter dem geltenden ICD-10 allerdings als verschiedene Codes gelistet werden. Während das Long-Covid Syndrom nicht als eigenständige Erkrankung gelistet ist, sondern als eine Reihe an kodierten Krankheitszuständen, die im Zusammenhang mit einer vorangegangenen Covid-Infektion stehen, werden die ME/CFS als neurologische Erkrankungen geführt. Diese Unterscheidung ist deshalb zu machen, weil die ME/CFS auch nach anderen Infektionskrankheiten auftreten kann. Nichts desto trotz oder grade deshalb muss dieser eine große Bedeutung beigemessen werden. Hier ist es besonders wichtig eine fachlich korrekte und professionelle Einschätzung und Untersuchung der Symptome vorzunehmen um die richtige Diagnose stellen zu können und zu intervenieren.

Dafür braucht es medizinisches Personal, welches diese Symptomatik erkennen, und

auch von anderen Erkrankungen unterscheiden, bzw. die richtige Diagnostik durchführen kann. Da es nur wenige Zentren gibt, die sich der Langzeitfolgen von Infektionskrankheiten annehmen und es, daraus folgend, auch nur wenig Therapieplätze gibt, die eine medizinische Grund- und Nachversorgung gewährleisten, ist es von größter Wichtigkeit auch die Hausärzt:innen und andere Fachärzt:innen (z.B. Lungenfachärzt:innen) zu schulen, um das frühzeitige Erkennen und Handeln zu gewährleisten. Denn die Hausärzte:innen sind meist die erste Anlaufstelle für Patient:innen und können so die Kliniken und Zentren, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, entlasten.

Trotzdem reicht auch hier das Angebot an Hausärztinnen nicht aus und es ist von großer Bedeutung eben jenes Zentrum in Thüringen, die Uniklinik Jena, finanziell zu fördern. Eine Förderung in Höhe von 10 Millionen Euro im Jahr und das über 10 Jahre würde der deutlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung und einer entsprechenden Vergrößerung und Handhabe dienen und dazu führen, dass Termine wieder vergeben werden können. Es kann nicht sein, dass die Therapieplätze im Jahr 2023 gänzlich ausgebucht sind und Menschen nicht mehr die Möglichkeit haben, eine spezialisierte Therapie zu erhalten. Dahingehend ist auch hier zu sehen, wie wichtig die Weiterbildung in Bezug auf dieses Thema ist.

Personen mit dem Long-Covid Syndrom oder der ME/CFS haben oft Schwierigkeiten oder nicht die Möglichkeit sich wieder in ihren normalen beruflichen Alltag zu integrieren. Daher ist es von Nöten auch die Arbeitgeber:innen über Symptomaten und die damit in Verbindung stehende Problematik, die im beruflichen Alltag auftreten könnten, aufzuklären und sie zu sensibilisieren. Arbeitgeber:innen sollten in besten Fall einen Verleib im Betrieb gewährleisten. Dies könnte in Form von Home-Office Angeboten, sofern möglich, aber auch in Umschulungen, flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitarbeit ermöglicht werden. Diese Maßnahmen verringern außerdem auch den psychischen Druck der Betroffenen, denn nicht selten kommt es bei diesen Erkrankungen auch zu Depressionen in folge der Geschehnisse.

Nicht mehr belastbar zu sein, kognitiv-neurologische Ausfälle zu haben, Dinge zu vergessen oder sich nicht mehr so gut merken zu können, das Gefühl haben ständig unkonzentriert zu sein. All das sind Probleme die nicht nur Arbeitnehmer:innen, sondern insbesondere auch Studierende, Auszubildende und Schüler:innen mit einem Long-Covid-Syndrom haben. Ein einheitliche Regelung, wie einen Nachteilsausgleich, zur Entlastung, gibt es jedoch nicht. Diese Personen sind auf die Kulanz der Lehrkräfte angewiesen. Oft trifft jedoch auch hier besagte Langzeitfolge statt auf Mitgefühl und Verständnis, auf Unverständnis oder wird schlichtweg



übersehen. Das führte und führt dazu, dass Student:innen den Anschluss an ihre Kommilitone:innen verlieren und damit auch die Aussicht auf einen erfolgreichen Studienabschluss. Genauso ergeht es Schüler:innen in Schulen und auch Auszubildenden in Berufsschulen. Viele der Betroffenen bangen derzeit um eben jenen Schul- oder Berufsabschluss und haben keine Möglichkeit einen Nachteilsausgleich zu erlangen. Das muss sich ändern und zwar jetzt! Denn gerade junge Menschen sind die Säule der Gesellschaft und müssen eine Zukunft haben!

Ein weiterer Punkt den wir ansprechen, ist die Forschung. Noch immer wird im Allgemeinen sehr sperrig und langsam an chronischen Erkrankungen geforscht. So investierte die Das mag zum einen daran liegen, dass die Symptomaten bei vielen chronischen Krankheiten vielfältig und oft auch genauso vielfältig behandelbar sind, zum anderen aber auch, weil dahingehend viel zu wenig in die Forschung investiert wird. Warum sollte aber gerade Long-Covid und ME/CFS ein besonderes Augenmerk in der Forschung zu Gute kommen?

ME/CFS hat, von den vielen häufig auftretenden chronischen Krankheiten bzw. Folgeschäden aufgrund einer Grunderkrankung (hier im Vergleich zu Schlaganfall-, Herzinsuffizienz- oder Krebspatienten) die niedrigsten Werte des „Health-related quality of life (HRQOL) (nach Hvidberg et al. 2015), das heißt die niedrigste Lebensqualität überhaupt. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass es endlich angemessene, standardisierte Behandlungsmethoden und -modell gibt. Dies wird aber nur möglich sein, wenn jetzt ordentlich in die Forschung investiert wird. Dafür fordern wir einen Zuschuss von 300 Millionen Euro.

Long-Covid und ME/CFS, sind solche Folgeschädigungen, die nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind, solche, denen man das Potenzial ihrer Zerstörung manchmal zu wenig Bedeutung beimisst, sei es physischer oder psychischer Art. Aber sie sind da! Sie sind allgegenwärtig. Also sagen wir Long-Covid und ME/CSF den Kampf an. So kann und darf der Umgang mit diesen bedeutenden Folgen dieser Pandemie nicht weiter gehen! Wir müssen handeln und zwar jetzt!

**Ä1 zu S5: Kaputt gepflegt**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**In Zeile 13 einfügen:**

- Ein Ende der Profitgier im Gesundheitswesen im Allgemeinen und Krankenkassen im Besonderen.

**Ä1 zu S6: Wende in der Pflegeausbildung**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**In Zeile 3 einfügen:**

- Die Ausbildung soll mindestens 3 Jahre dauern.

**Ä1 zu S7: Bildungsurlaub, aber richtig!**

Antragsteller\*innen      Jusos Jena II

**Antragstext**

**Von Zeile 30 bis 35 löschen:**

- ~~Die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen regelt derzeit § 9 ThürBfG. Demnach müssen die Veranstaltungen der Träger:innen einzeln vom Ministerium anerkannt werden. Die Prüfvorgänge hierfür dauern mehrere Wochen und schrecken kleinere Träger:innen durch die Kostenpflichtigkeit ab. Wir wollen stattdessen, dass sich ganze Organisationen anerkennen lassen und dass die Anerkennungsverfahren kostenfrei ausgestaltet werden.~~

**Ä2 zu S7: Bildungsurlaub, aber richtig!**

Antragsteller\*innen      Jusos Nordhausen

**Antragstext**

**Nach Zeile 29 einfügen:**

- Eine entsprechende Regelung ist auch für Anwärter:innen zu schaffen.
- Der Freistellungsanspruch kann gem. § 2 Abs. 3 ThürBfG einmalig auf das kommende Jahr übertragen werden. Allerdings gilt die Einschränkung, dass dies nur nach vorheriger Ablehnung durch die Arbeitgeber:innen passieren kann. Wir fordern eine Öffnung dieser Übertragungstragungsmöglichkeit hin zu einer echten Möglichkeit der Ansparung auf zwei Jahre. Dies soll ebenso für Auszubildende und Anwärter:innen gelten.

**Begründung**

Einfügung aus dem Antrag S2 der Jusos Erfurt in nun geeinter Fassung.

**Ä3 zu S7: Bildungsurlaub, aber richtig!**

Antragsteller\*innen      Jusos Nordhausen

**Antragstext**

**Von Zeile 31 bis 35:**

- Demnach müssen die Veranstaltungen der Träger:innen einzeln vom Ministerium anerkannt werden. ~~Die Prüfvorgänge hierfür dauern mehrere Wochen und schrecken kleinere Träger:innen durch die Kostenpflichtigkeit ab. Wir wollen stattdessen, dass sich ganze Organisationen anerkennen lassen und dass die Anerkennungsverfahren kostenfrei ausgestaltet werden.~~ Wir fordern eine beschleunigtes Antragsverfahren. Die Kostenpflicht für Anträge soll für gemeinnützige Vereine und Organisationen, die weniger als 12 Bildungsveranstaltungen pro Jahr anbieten, entfallen. Des Weiteren sollen gemeinnützige Träger:innen, die weniger als 12 Bildungsveranstaltungen pro Jahr anbieten als Organisation anerekannt werden.

**Begründung**

Einigung mit den Jusos Jena zur vorher beantragten Streichung.

## Ä1 zu U1: Windmühlen für den Thüringer Wald

Antragsteller\*innen      Jusos Südthüringen

### Antragstext

#### Nach Zeile 52 einfügen:

- Thüringer Kommunen und Anwohner müssen zukünftig durch Projektgesellschaften am Gewinn der Windkraftanlagen beteiligt werden. Betreiber sind verpflichtet diese Gesellschaften zu gründen und mindestens 20% der Anteile anzubieten. Ein Anteil darf maximal 500 Euro kosten. Alternativ können die Gemeinden eine jährliche „Ausgleichsabgabe“ bekommen und die Bürger ein risikoärmeres Sparprodukt wie eine Festgeldanlage. Hier sind Höhe und Verzinsung jeweils an den Ertrag der Gesellschaft gekoppelt. Diese Regelungen gelten für alle Anwohner und Kommunen im Umkreis von fünf Kilometern.

**Ä2 zu U1: Windmühlen für den Thüringer Wald**

Antragsteller\*innen      KV Gotha, KV Ilm-Kreis, KV Wartburgkreis

**Titel**

**Ändern in:**

Windräder für das Damenviertel! ;)

**Begründung**

;)



**Ä3 zu U1: Windmühlen für den Thüringer Wald**

Antragsteller\*innen      Jusos Altenburger Land, Jusos Gera &  
   Jusos Greiz

**Antragstext**

**Von Zeile 24 bis 26:**

keine Tabuzonen geben. Auch traditionell nicht genutzte Gebiete rund um (Groß-) Städte und **Flächen**Kahl- oder Schadflächen im Thüringer Wald dürfen nicht ungenutzt bleiben. Weder der Naturschutz im Thüringer Wald noch die Interessen von Stadtbewohner:innen werden

**Ä1 zu U3: Es blüht so grün, wenn Insektenwiesen blühen!**

Antragsteller\*innen      Jusos Südthüringen

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 2 einfügen:**

Die Jusos Thüringen fordern, dass zukünftig ein Drittel der städtischen Grünflächen, in öffentlicher Hand, als Insektenwiesen ausgewiesen und angelegt sind. Darüber

**Begründung**

Die Änderung dient der Präzisierung der Forderung. Im ländlichen Raum bzw. in landwirtschaftlich genutzten Flächen gibt es schon heute hohe Anteile von Insektenwiesen.

**Ä2 zu U3: Es blüht so grün, wenn Insektenwiesen blühen!**

Antragsteller\*innen      Jusos Altenburger Land, Jusos Gera &  
   Jusos Greiz

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 2:**

Die Jusos Thüringen fordern, dass zukünftig ein Drittel der Grünflächen<sup>2</sup> in öffentlicher Hand, als Insektenwiesen ausgewiesen und angelegt sind. Darüber

**Begründung**

**In Zeile 25 einfügen:**

<sup>1</sup> <https://www.natuerlichbayern.de/praxisempfehlungen/insektenschonende-mahd>

<sup>2</sup> Duden: innerhalb einer Ortschaft angelegte, größere, mit Rasen [und Zierpflanzen] bedeckte Fläche [als Teil einer Grünanlage], angelehnt an BNatSchG §1 "sonstige Grünfläche"